

Hofgärtchen

2/206/8
NRW

Das Programm der CDU

für die Zukunft

des Landes Nordrhein-Westfalen

Verkündet am

18. Juni 1962

Unter der Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers hat die Christlich-Demokratische Union die unmittelbaren Kriegsschäden behoben und den Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen im wesentlichen abgeschlossen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen gibt vor der Landtagswahl Rechenschaft von dem Geleisteten und gibt ihr Programm für die Zukunft bekannt.

I Im Jahre 1958 verkündete Ministerpräsident Dr. Franz Meyers für die dringlichsten Aufgaben der Landespolitik das Schwerpunktprogramm. Dieses Schwerpunktprogramm forderte für den

Wohnungsbau:

Förderung von jährlich mindestens 100 000 Wohnungen. Gefördert wurden 500 000 neue Wohnungen in vier Jahren, das sind 100 000 Wohnungen mehr als versprochen. Daneben wurden 175 000 Wohnungen ohne Landeshilfe gebaut.

Das Schwerpunktprogramm forderte für den

Schulbau:

Beseitigung der dringendsten Schulraumnot durch den Bau von mindestens 6 000 neuen Klassenräumen.

Gebaut wurden 12 529 neue Klassenräume, also mehr als das doppelte der versprochenen Leistung.

Das Schwerpunktprogramm forderte für den

Krankenhausbau:

Bau von Krankenhäusern, Steigerung der Bettenzahl.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft forderte als dringenden Bedarf für das gesamte Bundesgebiet 30 000 neue Krankenhausbetten. Gefördert wurden allein in Nordrhein-Westfalen 20 000 Krankenhausbetten. Das sind zwei Drittel der für das gesamte Bundesgebiet gewünschten Betten.

Herausgeber: CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

Druck: Borgmann-Druck, Dortmund

Das Schwerpunktprogramm forderte für den

Straßenbau:

Einsatz der gesamten Straßenbau-Kapazität des Landes mit dem Ziel:

mehr Straßen, bessere Straßen, sichere Straßen.

Der Betrag für den Straßenbau hat mit insgesamt 750 Mio. DM die dreifache Höhe von 1958 erreicht. Das gesamte Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer wird für den Straßenbau verwandt.

Daneben wurden alle anderen wesentlichen Bereiche der Landespolitik, auch wenn sie nicht Schwerpunkte waren, erheblich mehr gefördert als unter der vorhergehenden Regierung.

Das bisherige Schwerpunktprogramm der Regierung Franz Meyers wird fortgesetzt:

- | | |
|-----------------------|---|
| Wohnungsbau | bis die Wohnungsnot allgemein beseitigt ist. |
| Schulbau | – mit Schwerpunkt vor allem bei den berufsbildenden Schulen. Ingenieur- und Technikerschulen, bis die Schulraumnot beseitigt ist. |
| Krankenhausbau | bis die Versorgung des Landes mit modernen Krankenhäusern sichergestellt ist. |
| Straßenbau | bis im ganzen Lande die Straßen gut und sicher sind. |

II Die Christlich-Demokratische Union in Nordrhein-Westfalen legt zur Sicherung der Zukunft unseres Landes folgendes Programm vor:

1. STABILE WÄHRUNG, GESUNDE WIRTSCHAFT, GESICHERTE EXISTENZEN UND ARBEITSPLÄTZE
2. GESUNDHEIT FÜR ALLE
3. GESUNDE FAMILIEN, FROHE JUGEND, ZUFRIEDENES ALTER
4. BILDUNG UND AUFSTIEG FÜR JEDEN
5. FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG, KUNST UND KÜNSTLERN FREIE CHANCEN
6. STRUKTURVERBESSERUNG FÜR STADT UND LAND, UMSTELLUNGSHILFE FÜR DEN BAUERN.

1. Stabile Währung, gesunde Wirtschaft, gesicherte Existenzen und Arbeitsplätze

Grundlage jeder Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es, den Geldwert zu erhalten. Die CDU fordert daher, daß die Landesregierung alle Maßnahmen des Bundes zur Erhaltung einer stabilen Währung unterstützt und eigene Initiativen zur Erhaltung einer gesunden Währung ergreift.

Die CDU fordert:

im Lande einen ausgeglichenen Landeshaushalt unter Berücksichtigung einer verantwortungsbewußten Rücklagepolitik.

Strenge Prüfung der Notwendigkeit von Bauvorhaben der öffentlichen Hand. Sparsamkeit in allen Bereichen der Verwaltung.

Fortsetzung des Strukturprogramms der Landesregierung Franz Meyers zur Hebung der Wirtschaftskraft förderungswürdiger Gebiete und zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes im internationalen Wettbewerb.

Existenzsicherung des Kohlenbergbaus als der primären einheimischen Energiequelle. Sicherung der heimischen Wirtschaft aller Sparten.

Ansiedlung neuer Industrien zur Erweiterung, Auflockerung und Festigung des Wirtschaftsgefüges und zur Förderung der Wirtschaftskraft der Randgebiete.

Aufstellung eines Randgebieteprogramms.

Kredite für mittelständische Unternehmen zur Finanzierung der durch Strukturwandlung notwendigen Umstellung und zur Rationalisierung der Betriebe.

2. Gesundheit für alle

Die CDU hat im Landtag von Nordrhein-Westfalen bereits im Dezember 1956 Maßnahmen zur Reinerhaltung der Luft angestrebt. Die Abgeordneten Dr. Schmidt und Dr. Even – beide aus Nordrhein-Westfalen – haben später gesetzgeberische Maßnahmen des Bundes zur Reinerhaltung der Luft eingeleitet und durchgesetzt.

Auf dem 8. Bundesparteitag der CDU im Jahre 1960 forderte dann Ministerpräsident Dr. Franz Meyers als erster einen umfassenden „Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt“.

Die Landesregierung Franz Meyers hat die notwendigen landesgesetzlichen und einen Teil der praktischen Maßnahmen zur Reinerhaltung von Luft und Wasser durchgeführt.

Hiervon ausgehend, fordert die CDU für Nordrhein-Westfalen:

**Saubere Luft,
reines Wasser,
reine Erde.**

Im einzelnen:

Ausbau und Förderung der wissenschaftlichen Institute, die an diesen Problemen arbeiten;

Koordinierung der Arbeit dieser Forschungsinstitute;

Gründung einer zentralen Landesforschungsstelle für die Reinerhaltung von Luft und Wasser;

Entwicklung technischer Verfahren zur Reinigung und Kontrolle von Industrie- und Kraftfahrzeugabgasen;

steuerliche Vergünstigungen, erforderlichenfalls Kredite oder Beihilfen, beim Einbau von Schutzanlagen. Besondere Bestimmungen für mittelständische Betriebe, welche die erheblichen Investitionskosten nicht aufbringen können;

Ausbau der zentralen Wasserversorgung und Anschluß möglichst aller Haushalte an das zentrale Versorgungsnetz;

Neuordnung der Unterhaltungsmaßnahmen für die Flußläufe; finanzielle Hilfe für die Gemeinden bei ihrer Aufgabe, den Anschluß für die bisher noch nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossenen Haushalte zu schaffen;

Erweiterung der Kapazität bestehender Kläranlagen, Bau von Großkläranlagen und zusätzlichen kleineren Siedlungskläranlagen;

Bau weiterer Talsperren;

vermehrte Bereitstellung von Landesmitteln für die Aufgaben der Wasserwirtschaft in den nächsten vier Jahren.

Erhebliche Bedeutung im Rahmen der Gesundheitspolitik in der industrialisierten Welt hat die

Gesundheitsvorsorge.

Die CDU fordert:

familiengerechte, hygienisch einwandfreie, schallgeschützte Wohnungen;

moderne, lärmfreie Schulen, Arbeitsplätze und Freizeiträume; Durchgrünung der Gemeinden;

Pflege der Waldbestände, Aufforstung der Ödflächen, Anlegen von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten;

Kampf dem Lärm – ganz allgemein, nicht nur dem Verkehrslärm.

Förderung des Sports

im einzelnen:

Ausbau des Schulsports mit dem Fernziel, in den Schulen die „tägliche“ Turnstunde zu gewährleisten;

Behebung des Mangels an Sportlehrern durch Ausbau der Sporthochschule Köln und der Institute für Leibesübungen an den Hochschulen des Landes;

Befähigung aller Absolventen der Pädagogischen Hochschulen zum Sportunterricht an den Volksschulen;

Einführung von Sportstunden an den Berufsschulen;

verstärkter Bau von Übungsstätten, insbesondere auch in ländlichen Gemeinden.

Unterstützung der Errichtung von Vereinsanlagen;

Einbeziehung des Baues von Sporthallen in die erste Planung von Schulbauten;

Finanzhilfen an Sportvereine für Lehrkräfte, die in der Übungsarbeit eingesetzt sind;

Finanzhilfen an den Landessportbund zur Durchführung von Lehrgängen für Übungsleiter aus den Sportvereinen;

Bereitstellen der Mittel für das Programm der Deutschen Olympischen Gesellschaft und den Fünfjahresplan des Landessportbundes zum Bau von Hallenbädern und Übungsstätten.

Kampf dem Verkehrstod

Bau sicherer Straßen,

Fußgängerwege in Gemeinden und Siedlungen,

Umgehungsstraßen, Straßen der zweiten Ebene (Hochstraßen, Unterpflasterstraßen).

Die CDU fordert weiter:

einen **umfassenden Gesundheitsschutz**
durch

Ausbau der Gesundheitsämter;

ärztliche Untersuchungen für Mütter und Säuglinge,
Schulkinder und Lehrlinge,
für Angehörige der Betriebe;

regelmäßige Untersuchungen für alle Erwachsenen in
einem Zeitraum von 5 Jahren;

eingehende Aufklärung der Bevölkerung über diese freiwilligen Untersuchungen;

verstärkte vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Epidemien;

Ausbau der Heilbäder des Landes;

Förderung der Herstellung gesunder Nahrungsmittel.

Verstärkte Forschung und erforderlichenfalls die Einrichtung von Forschungsstätten für folgende Krankheiten:

Krebs

Zucker

Herzkrankheiten

Erkrankungen des Kreislaufs

Tuberkulose

Staublung

Zur Gesundheitsvorsorge treten die Maßnahmen für die **Heilung**. Es gilt, die Zahl der Krankenbetten zu erhöhen, die Krankenhäuser auszubauen und ihre Einrichtungen auf den neuesten Stand zu bringen.

Die CDU fordert:

Förderung von 18000 Krankenhausbetten in den nächsten vier Jahren und Förderung weiterer Betten nach Bedarf;

verstärkte Maßnahmen im Behandlungs- und Wirtschaftsbereich der Krankenhäuser;

Ausbau der medizinischen Fakultäten und Akademien zur Behebung des Ärztemangels;

ausreichenden, modernen Wohnraum für Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger;

Bau von Schwesternschulen und -vorschulen zur Behebung des Schwesternmangels.

3. Gesunde Familien, frohe Jugend, zufriedenes Alter

Die Familie ist die Grundlage von Volk und Staat. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, die Familie, insbesondere die Familie mit Kindern, zu fördern.

Die CDU fordert:

Fortsetzung des familiengerechten Wohnbaues;

Übernahme der Restfinanzierung der Wohnbaukosten für kinderreiche und junge Familien sowie für Baubewerber mit niedrigem Einkommen;

Ausbau der Mietzuschüsse für kinderreiche Familien;

Förderung von Kindergärten, Kinderhorten und Kleinkinderstuben;
Förderung von Möglichkeiten für Ferien, Wochenende und Freizeitgestaltung der Familien;

Die Jugend ist unsere Zukunft.

Die CDU fordert:

neben den in anderen Ziffern gestellten Forderungen für die Jugend, **Ausbau des Landesjugendplanes;**

Erweiterung dieses Planes in Richtung auf die junge Ehe und ihr Heim.

Für die alten Menschen muß die Landesaltenhilfe weiter entwickelt werden, damit ihnen ein zufriedener Lebensabend gesichert und das Gefühl des Ausgesondertseins (Beiseitestehens) genommen wird.

Die CDU fordert:

Neubau, Ausbau und Erweiterung von Alters-, Alterswohn- und Siechenheimen;

Besondere Förderung von Altersheimen für alte Ehepaare;
Errichtung von Tagesheimen und Klubräumen für alte Menschen; verstärkte Maßnahmen für die Erholung alter Menschen; Verstärkung der Hauspflege.

4. Bildung und Aufstieg für jeden

In unserer Zeit darf kein Talent verkümmern. Jedes Kind muß daher die Möglichkeit haben, nach dem Willen der Eltern und gemäß seinen Fähigkeiten, eine gründliche Ausbildung und möglichst umfassende Bildung zu erhalten.

Jedem Erwachsenen müssen Möglichkeiten für Weiterbildung und Aufstieg offenstehen.

Die CDU fordert:

Fortsetzung des Schulbaues, bis der Schichtunterricht beseitigt ist;

Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels durch den Bau neuer pädagogischer Hochschulen;

Wieder- und Weiterbeschäftigung von Lehrkräften, die nach Erreichen der Altersgrenze aus dem Schuldienst ausgeschieden sind;

Prüfung von Möglichkeiten zur Zulassung von Fachkräften ohne pädagogische Vorbildung zum Unterricht in technischen Fächern und im Sport;

Ausbau des sogenannten zweiten Bildungsweges;

Errichtung von Abendgymnasien und Aufbaugymnasien, insbesondere in ländlichen Gebieten;

Ausbau der Realschulen (Mittelschulen) zu eigenständigen Bildungsinstituten zwischen Volksschule und höherer Schule;

Einrichtung von zusätzlichen Aufbau-Realschulen;

gesetzliche Regelung für das Ergänzungsschulwesen;

Ausbau der Sonderschulen, insbesondere auch auf dem Lande;
Ausbau der berufsbildenden Schulen;
Ausbau der Berufsaufbauschule, um begabten Volksschülern nach der Berufsausbildung den Weg zur Höheren Fachschule freizumachen;
Neuerrichtung von Fachschulen.

5. Förderung von Wissenschaft und Forschung; Kunst und Künstlern freie Chancen

Deutschland, vor 1933 mit an der Spitze von Wissenschaft und Forschung, hat in der Zwischenzeit den Anschluß verloren. Unsere Wissenschaftler und Forscher müssen in die Lage versetzt werden, diesen Anschluß wieder zu erreichen. Dafür ergeben sich in Nordrhein-Westfalen besondere Verpflichtungen; hier wohnt ein Drittel der Menschen der Bundesrepublik, und hier begegnen sich auf engstem Raum Forschung in Hochschule und Industrie.

Zur Kultur eines freien demokratischen Staates gehört, wie Wissenschaft und Forschung, die freie Kunst. Sie zu fördern, ist eine wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik eines Landes.

Die CDU fordert:

Verstärkte Anerkennung der geistigen und schöpferischen Leistung;
Errichtung neuer Lehrstühle und Erweiterung des Stabes der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen des Landes;
Untersuchung von Möglichkeiten und auch neuen Wegen, um der Universität wieder den Charakter der universitas zu vermitteln;
Aufbau der neuartigen Ruhr-Universität in Bochum;
Neugründung einer technischen Hochschule in Dortmund;
Ausbau der Kernforschungsanlage in Jülich;
Gründung einer zentralen Landesforschungsstelle mit speziellem Auftrag für wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Reinerhaltung von Luft und Wasser (s. unter 2);
Intensivierung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Forschung;
Kordinierung der wissenschaftlichen Arbeit von Hochschulen, Arbeitsgemeinschaft und Forschungsinstituten der Industrie;
Ermittlung einer Übersicht über die der Wissenschaft und Forschung in allen Bereichen von privater Seite und vom Staat (Gemeinden, Land und Bund) zur Verfügung gestellten Mittel, um eine sinnvolle Förderung und gerechte Verteilung zu erreichen;

Förderung zeitgenössischer Kunst durch großzügige Unterstützung der Kunstakademien und Musikhochschulen;

Stipendien für junge Künstler zur Finanzierung eines Studienaufenthaltes im Ausland;

Aufstockung des Landeskunstprieses auf eine der kulturellen Bedeutung des Landes angemessene Höhe;

stärkere Berücksichtigung zeitgenössischer Dichter und Schriftsteller als Lehrer und Dozenten an den Universitäten und Hochschulen auch zur Belebung des studium generale;

Unterstützung der förderungswürdigen Experimentierbühnen des Landes;

Förderung dieser Bühnen als Institute für die Ausbildung des Bühnennachwuchses;

Unterstützung von Gastspielreisen erstklassiger Orchester und Bühnen ins Ausland;

engere Kontakte zwischen zeitgenössisch schaffenden Künstlern, Dichtern und Schriftstellern sowie Regierung und Parteien bei der Lösung kultureller Aufgaben;

Ausbau der Museen für die sachgerechte Unterbringung und Pflege wertvoller Sammlungen;

Umgestalten der Museen und Kunstsammlungen zu wirklichen Begegnungsstätten breiter Kreise der Bevölkerung mit der Kunst und Kunstgeschichte.

Unterstützung von Ausstellungen wertvoller Kunstsammlungen im Ausland.

6. Strukturverbesserung in Stadt und Land Umstellungshilfe für den Bauern

Der Raum des heutigen Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten hundert Jahren unterschiedlich entwickelt; neben der größten Industrieballung Europas stehen gemischt-wirtschaftliche und rein ländliche Gebiete. Das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Gefälle zwischen den großen Wirtschaftszentren und den landwirtschaftlich genutzten Gebieten verlangt einen gesunden Ausgleich. Mit Landes- und Städteplanung muß eine klare Raumordnung geschaffen werden. Diese Maßnahmen sind notwendig,

damit Nordrhein-Westfalen mit allen seinen Teilen in der Europäischen Gemeinschaft bestehen und seine Zukunft sichern kann.

Die CDU fordert:

Behebung der zu einseitigen Struktur des Ruhrgebietes;

Fortsetzung der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sanierung der Randgebiete (s. unter 2);

verstärkte Investitionshilfe für die Gemeinden bei der Bewältigung der Verkehrsprobleme und der Stadterneuerung;

kontinuierliche Beseitigung von Notunterkünften und abbruchreifen Wohngebäuden bei gleichzeitiger Erstellung von ausreichenden Ersatzbauten;

Erstellung von ausreichendem Wohnraum bei notwendigen Umsiedlungen in Fällen unzumutbarer Belästigung durch Lärm und Luftverschmutzung;

Ausbau der Verkehrswege des Landes und der Gemeinden;

verstärkte finanzielle Unterstützung der Kreise und Gemeinden beim Bau von Ortsdurchfahrten und -umgehungen;

Ausbau des Netzes der Gemeindeverbindungs- und Wirtschaftswege;

finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden beim Bau von Verkehrswegen der zweiten Ebene (Hoch- und Unterpflasterstraßen);

kontinuierliche Fortsetzung der Elektrifizierung von Bundesbahnstrecken;

Erstellung eines langfristigen Programms zur Besiedlung und Gliederung der Stadtrand- und Umlandgebiete;

Gründung funktionsfähiger Entlastungsstädte mit eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten (Schulen, Kirchen, Einkaufszentren, Krankenhäusern, Kindergärten, Sportstätten usw.) und mit einem auf die Anforderungen der Zukunft angelegten Verkehrsnetz;

Durchführung des von der Landesregierung Franz Meyers ausgearbeiteten Entwicklungsplanes für die Gesundung bäuerlicher Gebiete;

verstärkte Fortsetzung der Flurbereinigung und Verbesserung der Agrarstruktur;

Aufstockung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe;

Arbeitserleichterungen und Entlastung der Bäuerin;

Verbesserung der kulturellen Einrichtungen in Dörfern und ländlichen Kleinstädten (Büchereien mit Leseräumen, Einrichtungen für die Erwachsenenbildung, Bau von Sportanlagen);

Verbesserung der Gesundheitsfürsorge auf dem Land durch Ausbildung und Anstellung von Gemeindeschwestern, Hebammen, Errichtung von Krankenpflegestationen und Verbesserung des Krankentransportes;

Verbesserung der ländlichen Verkehrsverbindungen;

Einrichtung von Schlachthöfen, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Straßenbeleuchtung;

Umstellungshilfe für den Bauern, damit auch die Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft ihren Platz behaupten kann.